

Erscheint jeden Sonn-
abend. Bestellungen neh-
men alle Buchhandlungen u.
Postanstalten an. Prämium=
Preis für Halle 7½ Sgr.

pr. Vierteljahr. Preis bei
den Postanstalten und im
Buchhandel 10½ Sgr. pr.
Vierteljahr (1 Bdr. 12 Sgr.
für den Jahrgang).

Bürgerblatt.

Wochenschrift für konstitutionelles Leben.

Herausgegeben
von

J. Hasemann und Fr. Körner.

N^o. 11. Neue Folge.

Sonnabend d. 8. Juli 1848.

Halle, Druck und Verlag von Ed. Heynemann.

Inhalt: Wider die Zuchtlosigkeit der Presse. — Bericht aus Frankfurt
über Frankfurt. — Die Russenfurcht. — Ueber die Dorfschulzen. (Dorfrich-
ter.) — Aufforderung an den Preussenerverein. — Einiges über Feuer-
Etsch- und Rettungsanstalten bei Feuerbrünste.n — Verwahrung. —

Wider die Zuchtlosigkeit der Presse.

Als ein heiliges Lösungswort ging der Ruf „Pressefrei-
heit“ durch Deutschland; Millionen begeisterter Lippen be-
grüßten den Tag, an welchem die Presse befreit ward von po-
lizeilicher Aufsicht, als einen Auferstehungstag der Freiheit im
deutschen Vaterlande. So wahr Gott frei ist und frei sein
muß, so wahr muß auch der Gedanke, der menschliche Geist
frei sein. Wehe Dem, der es wagen sollte, die Majestät des
freien Geistes unter das Henkerbeil irgend einer Zensur zu stel-
len! Unsre Freiheit ist nicht gesichert durch Kanonen und Ba-
jonette, sie ist nicht gesichert durch Kammer-Debatten, nicht
gesichert durch Gesetze, sondern einzig und allein durch die freie
Presse. Denn die Bajonette können gegen die Freiheit ge-
kehrt, die Kammer bestochen, die Gesetze falsch ausgelegt wer-
den; aber die Presse wird ihre Stimme erheben, so lange es
noch einen freiheitsliebenden Menschen im Volke giebt. Sie wird
die verzagten Gemüther aufrichten, die Leichtgläubigen warnen,
die Heuchler entlarven, die Schlechten moralisch vernichten.
Wir haben keine sichere Unterlage für unsre Freiheit, wenn wir
nicht das Recht haben, unsre Meinung auszusprechen, die Wahr-
heit zu sagen und das Schlechte zu bekämpfen.

Wenn ich aber Pressefreiheit als das erste und gewaltigste
Recht eines freien Volkes hinstelle, so fordere ich damit nur



die wahre, rechte Pressfreiheit; ich verlange keine entartete, ausgelassene, freche Presse. Freiheit ist für mich gleichbedeutend mit dem Gehorsam gegen das Gesetz. Damit ist nicht gesagt, daß man jedem Gesetz gehorchen soll, sondern dem, welches man sich selbst auferlegt, welches die Vernunft nothwendig fordert. Ohne Gesetz, ohne Form kann nichts bestehen; wenn unsre Freiheit ohne Gesetz ist, so wird sie Willkür, Gewaltherrschaft des Stärkern, also Unterdrückung der Freiheit Aller; weil die Einen der Leidenschaft unterthan sein würden, die Andern aber sich den Stärkern fügen müßten.

Es muß also die freie Presse sich aus dem Zustande der Anarchie, in welchem sie steht, herausreißen, indem sie sich Gesetze giebt. Es können die Gesetze des freien Gedankens nur sein, 1. das Gesetz der Wahrhaftigkeit, 2. das der Ehre und 3. das des Anstandes und der guten Sitte.

Niemand wird Gewalt angethan, wenn er bei Aeußerung seiner Ansichten genöthigt wird, sich diesen drei Gesetzen zu fügen; denn alle verständigen Männer werden jene Gesetze in ihrem Recht anerkennen. Was aber der allgemeine Wille fordert, das ist Gesetz. Wer das Wort ergreifen will, sei wahrhaft; der lege ab alle unreinen Absichten, alle unlautern Beweggründe, der diene einzig und allein der Wahrheit. Die Wahrhaftigkeit ist des Mannes Ehre; nur der wahrhafte Mann ist ein ehrenhafter Mann. Die Ehre verbietet aber jeden ungleichen Kampf, jedes heimtückische, meuchlerische Ueberfallen des Gegners; sie verlangt offenen Kampf, in welchem man dem Feinde in's Auge sieht; d. h. sie fordert bei jedem persönlichen Angriffe Namensnennung des Angreifers. Soll die Presse eine ehrenhafte sein, so darf sie endlich das Schicklichkeitsgefühl, die Gesetze des Anstandes nicht verletzen; sie darf nicht gemein werden, sie darf nicht schimpfen, wo sie widerlegen soll; sie darf nicht verdächtigen, wo sie beweisen soll; sie darf sich keiner Ausdrücke bedienen, welche allgemeines Aergerniß verursachen.

Von diesen Ansichten geleitet, habe ich Hrn. Prof. Jacob, als Herausgeber des Wochenblattes, und Hrn. Dr. Schadeberg, als Herausgeber des Couriers, aufgefordert, mit mir als Miterausgeber des Bürgerblattes einen Bund gegen die Zuchtlosigkeit der hiesigen Presse zu schließen. Beide Herren haben den Bund angenommen, und so werden wir heute (Sonabend d. 8. Juli) bekannt machen, daß wir keinen Artikel aufnehmen, dem

1. der Name des Verfassers nicht beigedruckt werden soll, sobald er einen persönlichen Angriff enthält, oder sobald er als Parteiansicht die Ansicht einer andern Partei bekämpft;

2. oder der sich Ausdrücke bedient, die ein allgemeines Aergerniß geben, z. B. gemeine Schimpfwörter, unbegründete Verdächtigungen.

Ich darf wohl nicht fürchten, wegen dieses Bundes als reactionär verschrien zu werden; und sollte dies ja von einer Partei geschehen, so bin ich gewiß, daß alle ehrliebenden und wahrhaft freien Männer auf meine Seite treten werden.

Zugleich muß ich meine Mißbilligung gegen die Männer aussprechen, die mir für das Bürgerblatt Aufsätze unter falschem Namen eingesandt haben, d. h. unter Namen, die nicht im Adreßbuche stehn. Es ist feig und schaamlos, eine Redaction für Artikel verantwortlich machen zu wollen, deren Abfassung der Verfasser nicht einzustehen magt. Wo sollen wir hingerathen bei diesem Zustand der Lüge und des Betruges! Welche Verletzung der Ehre der Redaction liegt darin, daß man sie gegen die Behörden aufheben will durch erdichtete Geschichten. Mögen sich die Einsender ihres unedlen, unehrenhaften Benehmens schämen!

Fr. Körner.

Bericht aus Frankfurt über Frankfurt.

Ich habe den Lesern des Bürgerblattes versprochen, bei meinem Aufenthalte in Frankfurt ihrer zu gedenken und ihnen einen Bericht über die deutsche Nationalversammlung zu senden. Ich löse hiermit mein Wort, so weit die Unruhe des Gasthoflebens und die Macht der neuen Eindrücke es gestattet.

Am 24. d. M. betrat ich die Räume der Paulskirche, grade als die Führer der Parteien alle Kraft der Rede aufwendeten in den Verhandlungen über die Wahl, die Befugnisse und die Person der einstweiligen obersten Regierung von Deutschland.

Das Innere der Paulskirche bildet einen eirunden Raum, welcher für die Zuhörer oben und unten Gallerien enthält. Diese zusammen mögen etwa 3000 Zuhörern Raum gestatten, und diese Zahl war heute vollständig vorhanden, während gestern nur ein Paar Hundert daran fehlten. Nur ein kleinerer Theil der oberen fünffachen Gallerie ist für die von den Abgeordneten ausgegebenen Karten vorbehalten, während der größere Theil der beliebigen Benutzung freisteht. Den Bundestagsgelandten, den Vertretern der fremden Völker u. s. w. sind besondere Sitze in den untern Gallerien angewiesen. — Obgleich die Verhandlungen (in der Regel) erst früh 9 Uhr beginnen, so findet sich doch bei so wichtigen Verhandlungen das Publikum schon 1 bis 2 Stunden vorher ein, und selbst viele Damen sahen wir lange Zeit vor den Thüren auf dem zugigen Plaze geduldig harren, und zwar namentlich Töchter Abrahams und Sara's.

Die Sitze der Abgeordneten sind durch drei Gänge von einander getrennt, so daß dadurch vier ziemlich gleiche Abthei-

lungen gebildet werden, welche indeß nicht genau den vier Parteien entsprechen. —

1. Die äußerste Rechte will grundsätzlich, nicht bloß aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der jetzigen Sachlage, einen Fürsten (oder wenigstens einen Prinzen) an die Spitze Deutschlands als konstitutionelles Oberhaupt stellen, und zwar soll dasselbe durch die Fürsten oder vielmehr die Regierungen gewählt werden und der Bestätigung durch die Nationalversammlung nicht unterliegen. Sie leugnet nicht alle Volkssouveränität. Sie behauptet, daß das Wahlausschreiben der Versammlung nur das Recht gebe, die deutsche Verfassung mit den Regierungen zu vereinbaren. Unter den Führern der äußersten Rechten ragt v. Wincke hervor, der wie in Berlin mit der größten Gewandtheit, mit Schärfe und pikanten Wendungen und mit schnell fließenden Worten spricht. Auch gehört hierher der ebenfalls in Westphalen gewählte preussische General v. Radowitz, dessen Reden von diplomatischer Gewandtheit zeugen, den aber Viele für einen Schleichler halten. Der Mann steht schon in seinen höhern Jahren; eine Platte zeugt davon. Auch Welcker, ziemlich in den Jahren stehend, gehört dieser Partei an. Sein heutiges Auftreten spricht dafür, daß er einen scharfen Blick für die Entwirrung parlamentarischer Verwirrung hat. Dem Fürsten v. Lichnowsky (aus Schlessien), einem langen hagern Manne, gebürt unter den besten Rednern unstreitig nicht der letzte Platz. Seine vorgestrige Rede, nicht bloß schön, sondern auch praktisch, traf die Gegner (die äußerste Linke) mit scharfen, wenn auch nicht mit giftigen Pfeilen. Außerdem haben auf der äußersten Rechten fast alle höheren, meist katholischen Würdenträger ihre Plätze eingenommen, ohne jedoch durch Reden in die Verhandlungen einzugreifen. Der Oberpräsident von Westphalen Flottwell hält es nur zum Theil mit der äußersten Rechten. Die Zahl der auf der bezeichneten Seite Sitzenden mag etwa 60 betragen. Sie übertreffen an parlamentarischer Ordnungsliebe, so wie an besonnenem Takt ihre Gegner der äußersten Linken, und sind meist Männer höheren Alters, während das Centrum mehr dem mittleren, die Linke dem jüngeren Alter angehört.

2. Das rechte Centrum, auch schlechtweg das Centrum genannt, war bis vorgestern, bis zu der Rede des Präsidenten v. Gagern, ziemlich einstimmig in dem Grundsatz, daß die Centralgewalt durch die Regierungen, resp. Fürsten zu bezeichnen oder ernennen, und durch die Nationalversammlung zu bestätigen sei. Insofern als seine Träger damit meinen, daß in dieser Hinsicht die Volkssouveränität auf die Regierungen freiwillig übertragen werden solle, würden sie allerdings die Volkssouveränität festhalten; allein sie stimmen insofern mehr

oder weniger mit der äußersten Rechten überein, als sie das Wahlmandat, welches von den Regierungen, resp. Fürsten auf Grund der Vereinbarung ausgegangen ist, berücksichtigt wissen wollen, weshalb zu urtheilen ist, daß sie die Volkssouveränität nicht unbedingt gelten lassen. Es wird ihnen deshalb vorgeworfen, daß sie in diesen und anderen entscheidenden Prinzipienfragen eine etwas schwankende Stellung einnehmen. Dies ist auch wirklich der Fall, aber man muß berücksichtigen, daß sie die Macht der gegenwärtigen Thatsachen und Zustände, namentlich die Thatsache mit Recht berücksichtigen, welche zeigt, daß die Fürsten eine starke öffentliche Meinung und Macht auf ihrer Seite haben. Sie sind in den Prinzipien nicht fest, aber sie sind praktisch. Vorgestern, nachdem die Abgeordneten mehr und mehr von der Dreieit zu der Einheit der Person sich hingeneigt hatten, beantragte die Mehrzahl des betr. Ausschusses, daß nur ein Oberhaupt sein müsse. Mit dieser Aenderung war auch, wie schon angedeutet, das rechte Centrum einverstanden; da verrückte ihnen die vorgestrige Rede des Präsidenten v. Gagern gewaltig das Konzept und brachte eine starke Erschütterung in die ganze Parteistellung, so daß auch heute, trotz des ganzen gestrigen (Sonn-) Tages mit seinen Privatzusammenkünften, die Parteien sich noch nicht wieder abgeklärt und geordnet hatten. Gagern schlug nämlich vor, daß der künftige provisorische Reichsverweser, der übrigens ganz die Stellung eines konstitutionellen, d. h. unverantwortlichen Fürsten mit verantwortlichen Ministern haben sollte, durch die Nationalversammlung zu ernennen sei, und — das war wol die weitere Folgerung — nicht der Bestätigung durch die Fürsten bedürfe. Er that es deshalb, daß den Fürsten eine Sorge genommen werde, daß die Ernennung schnell erfolge, daß Viele aus dem linken Centrum, vielleicht auch Einige von der äußersten Linken gewonnen würden, und so eine größere Einigkeit und Mehrheit in dieser hochwichtigen Angelegenheit zu Stande käme. Es zeigte sich jedoch heute, daß Viele aus dem linken Centrum und wol alle Männer der äußersten Linken entschieden dagegen protestirten. Denn Gagern hatte zwar gesagt, die Versammlung solle zum provisorischen Oberhaupte eine fürstliche Person (er meinte den Erzherzog Johann von Oesterreich) wählen, nicht deshalb weil, sondern obgleich sie eine solche wäre; allein die äußerste Linke sah darin den Grundsatz, daß überhaupt eine Person fürstlichen Geschlechtes gewählt werden sollte; sie erklärte sich deshalb dagegen und brachte sofort einen dahin lautenden Antrag ein, daß das provisorische Oberhaupt keine fürstliche Person sein dürfe. Indes that sie dies nur insofern, als sie annahm, ihre Gegner wollten grundsätzlich einen Fürsten haben; sie erklärte ihre Zustimmung sofort geben zu wollen,

wenn die gewählte oder zu wählende fürsliche Person ein tüchtiger Mann sei. Gagern mußte wegen seiner Rede von mehreren Seiten, auch von politischen Freunden, vorgeßern und heute ziemlich bitter, wenn auch verschleierte Angriffe hinnehmen, und ich sprach Männer des rechten Centrums, welche dem genannten Redner förmlich zürnten. Indes muß diese Partei ihn schonen; sie darf ihn nicht fallen lassen, weil man eine solche Auktorität braucht und über eine neue, die ihn ersetzen solle, in Verlegenheit wäre. Uebrigens genießt der sittlich ernste, hochgebildete, erfahrene Mann mit der stattlichen Figur, mit den starken Augenbraunen, mit der gemessenen, aber etwas dumpfen Stimme selbst bei den Republikanern eine bedeutende Achtung.

Während Gagern ein praktischer Staatsmann ist, gilt Prof. Dahlmann (aus Bonn) als die gelehrte Auktorität des rechten Centrums. Er hatte den Entwurf der deutschen Verfassung gemacht; er ist in der Versammlung Berichtersteller über die Centralgewalt; er kennt die Geschichte der Staatsverfassungen, besonders der englischen genau; er weiß den Gegnern bittere Pillen gelegentlich und auf andre Weise einzugeben; aber sein Geist ist etwas langsam und diesem entspricht die Zunge. Das verdriessliche, stark mit schwarzen Haaren umwachsene, blasse Gesicht macht den Eindruck des Frostes auf den Zuhörer und Zuschauer. — In das rechte Centrum gehören noch: Bassermann (aus Baden), welcher schon vor der Revolution auf die Errichtung eines deutschen Parlaments gedrungen und insofern große Verdienste hat; sein Vortrag ist zwar nicht feurig, aber logisch und überzeugend. Mathy (ebenfalls aus Baden) theilt die Eigenschaften des Vorgenannten, selbst bis auf die Glaze; auch Rob. Mohl, Mittermaier, Gervinus, Fallati (Professoren) sitzen in diesen Regionen, welche überhaupt das Paradies der Professoren zu sein scheinen. Außerdem zeichnen sich hier v. Auerswald, Stedmann und Andere aus; der erstgenannte, ein ältlicher Mann, spricht sehr sicher und besonnen, der zweitgenannte dagegen mit etwas Feuer, welches übrigens dem rechten Centrum in einem etwas größeren Maaße zu wünschen wäre. Doch muß man bedenken, daß seine konservativen (erhalten wollenden) und vermittelnden Ansichten schon an sich einen Dämpfer auf die lärmenden Saiten der Leidenschaft setzen.

Ueber die vier Hallenser, welche ich zu Frankfurt besuchte, brauche ich mir in persönlicher und sonstiger Hinsicht kein Urtheil zu erlauben, wir kennen ihre bisherigen menschlichen, politischen, rednerischen Eigenschaften; nur so viel theile ich mit, daß sie alle im rechten Centrum sitzen, jedoch so, daß Schwetsche zu dem linken Centrum neigen, dann Duncker, auf ihn Haym folgen und in der Nähe von Nr. 1. Schwarz seine Stellung eingenommen haben soll. Nach der Keuferlichkeit der Pläze darf

man übrigens nicht immer urtheilen; persönliche Freunde sitzen beisammen, obgleich sie politische Gegner sind. So sah ich Schwetschke an den beiden Tagen meiner Anwesenheit auf der äußersten Rechten sitzen, und v. Vincke nicht selten auf die äußerste Linke gehen, um vertraulich mit dortigen persönlichen Freunden zu sprechen und zu scherzen. — Die Zahl der Streiter in dieser Fesung beläuft sich bis jetzt etwa auf 320 bis 60, eine Stärke, welche in allen Fragen, wo diese Männer zusammen halten, nothwendig den Ausschlag geben muß; allein die Rede v. Gagern's wird wohl mehrere auf die äußerste Rechte hinüber geworfen haben, wenigstens was die Angelegenheit des deutschen Oberhauptes betrifft.

3. Das linke Centrum schließt sich jetzt dem rechten Centrum insofern an, als dieses die Einheit der obersten Regierungsgewalt, nicht drei Personen, und die Wahl durch die Reichsversammlung will; allein es weicht in der Verantwortlichkeit des Oberhauptes ab, indem es diese bis zu einem gewissen, wie mir scheint, etwas unbestimmten Grade als Bedingung fordert. Uebrigens ist es in Parteien und Schattirungen getrennt, so daß man es nicht als eine feste Masse betrachten kann, und ein großer Theil scheint neuerdings mehr nach dem rechten Centrum als nach der äußersten Linken zu neigen. Dies gilt besonders von dem Vicepräsidenten v. Soiron (aus Baden), welcher vorgestern und heute den Vorsitz führte, aber — nach meinem Urtheile — nicht mit dem nothwendigen Takte, wenn auch mit einer Löwenstimme, welche durch allen Lärm hindurch donnert. Wie mir schien, waren die von ihm ausgehenden Fragestellungen nicht immer richtig, indem er zuweilen besondere Fragen vorlegte, ehe er die allgemeinen oder grundsätzlichen entschieden hatte. Indes wollen wir nicht vergessen, daß Fragestellungen an sich sehr schwer sind, und daß ein Theil des linken Centrums mit dem rechten die Scheu vor dem Streite um Principien theilt. Während v. Soiron kein eigentlicher Parteiführer, kein Redner ist, gebührt diese Eigenschaft einigermaßen dem Abgeordneten Heckscher (aus Hamburg) und Schoder. Ersterer, früher der äußersten Linken, jetzt dem rechten Centrum zu neigend, besitzt viel Takt und logische Schärfe, welcher nur mehr Feuer und Begeisterung zu wünschen wäre. — Das linke Centrum zählte bisher etwa 50 bis 60 Vertreter. Indes ist diese Zahl viel schwankender als bei 1, 2 und 4.

Die äußerste Linke weiß was sie will, und will was sie weiß; diesen Ruhm muß man den meisten ihrer Mitglieder lassen. Sie will die Republik, aber sie weiß auch, daß sie für's Erste damit nicht durchkommt; denn an ihren Schwingen hangt das ganze Bleigewicht von Nr. 1. und 2; deshalb will sie sich gefallen lassen, daß ein ihr genehmer Fürst die Zügel der vor-

läufigen Regierung ergreife; aber sie hofft und arbeitet unermüdet darauf hin, daß dieses fürstliche Oberhaupt in Kürze einem republikanischen Präsidenten weiche. Zu diesem Zwecke wird sie — falls sie sich nicht ganz der Abstimmung enthält — allerdings ihre bis vorgestern verteidigte Forderung: daß nur ein der Nationalversammlung verantwortlicher Vollziehungsausschuß von derselben erwählt werde, aufgeben und der Wahl eines Reichsverwesers (lieber würde sie ihn „Präsidenten“ nennen) beistimmen; aber sie wird ihn erstlich so weit wie möglich von der Versammlung abhängig und im Grunde zu deren bloßen Exekutor machen wollen; zweitens wird sie bis auf's Aeußerste den Grundsatz bestreiten: daß der Reichsverweser aus der Zahl der Fürsten, resp. Prinzen genommen werden müsse, obschon sie zugiebt, daß er es könne. Wenn sie die Republik anbahnen will, so muß sie verhindern, daß ihre Gegner die konstitutionelle Monarchie durch das Provisorium (die vorläufige Regierung) anbahnen. Ihre Abneigung gegen Preußen, in welchem sie eine stärkere Stütze der konstitutionellen Monarchie als in dem zerrissenen Oestreich sieht, — wird ihr die Zustimmung zur Wahl des Erzherzog Johann erleichtern. Auch die äußerste Rechte wird, wenn sie dessen gewiß ist, daß die Regierungen ihre Zustimmung geben, keine unüberwindlichen Schwierigkeiten in den Weg legen, obwol ich nicht recht weiß, wie diese Leute sich zu der Wahl durch die Versammlung stellen werden. Das rechte Centrum wird mit mehr Unbedenklichkeit hierin ihrem Führer v. Gagern auf die neue Bahn folgen; namentlich haben die preussischen Abgeordneten erklärt, sie würden einem österreichischen Prinzen ihre Stimme geben, während die österreichischen einem preussischen dieses Zugeständniß nicht zu machen sich geäußert haben sollen. Aber freilich liegt wol im Hintergrunde die Aussicht, daß nach Johann's Abtreten Hohenzollern dennoch an die Reihe kommt. Dies dient namentlich zum Schlüssel der Erklärung für den von den Männern der äußersten Linken gegen Preußen so stark ausgesprochenen Haß, obgleich die übrigen Abgeordneten dadurch um so mehr auf die preussische Seite sich getrieben fühlen.

Ueberhaupt will es mir scheinen, als ob die Taktik (das Benehmen) dieser Seite trotz aller andern geschickten Manöver ihr selbst Schaden brächte. Fast alle ihre Redner von vorgestern sprachen Haß gegen die Fürsten aus, obwol sie ihn mehr in das Gewand des Mangels an Liebe kleideten. Diese Unbilligkeit muß erbittern. Fast Alle, welche an diesem Tage austraten, schlugen mit den Keulen heftiger Reden auf den alten Bundestag los; dieß heißt einen Todten todtschlagen, und ist fast lächerlich, und verletzt Diejenigen, welche mit dem monarchischen Wesen nicht gebrochen haben. Sehr Viele mischten in

Neben, wohin sie gar nicht gehörte, die Süßigkeit der Sympathie für die Freiheit, die Wohlfahrt, das Recht des unterdrückten Volkes und erwarben dadurch den Beifall eines großen, ich glaube des größten Theiles der Gallerie, während ihre Gegner fast zu geflüstertlich dergleichen Bravourphrasen und Kraftausdrücke zu vermeiden schienen, vielleicht weil sie glauben, daß das Galleriepublikum nicht die deutsche Nation sei. Als heute Heckscher öffentlich äußerte, der äußersten Linken scheinete es meist um diesen Beifall zu thun zu sein, und der Präsident (Coiron) ihn, wie es allerdings seine Pflicht gewesen wäre, nicht zur Ordnung rufen wollte, entstand auf der Gallerie und bei deren Günstlingen unter den Abgeordneten ein so fürchterlicher Tumult, daß die Sitzung aufgehoben und, wie man sagt, Militär kommandirt werden mußte.

Auf der äußersten Linken befinden sich viel gute Redner, vor Allen Blum (aus Leipzig), welcher, was die Schönheit und Kraft der Rede betrifft, wol unleugbar das erste Talent in der ganzen Versammlung ist. Er versteht ruhig und ernst, aber auch mit dem Feuer eines geisterbeschwörenden Zauberers zu sprechen. Doch will man bemerkt haben, daß er nicht immer in der besten Ordnung die Batterien seiner Beweise auführt. Als eine ausgezeichnete sittliche Persönlichkeit gilt er weder in Frankfurt noch in Leipzig. Die Stimmung gegen ihn in letzterer Stadt soll im Zunehmen sein. Der kleine dicke Mann trägt einen starken Bart am Kinn. Zwar ist dieser auch die Zierde unseres Duncker; allein er ist fast durchgängig das Abzeichen der Republikaner. Noch weiter als Blum gehen z. B. Zitz, Wesendonk und Ruge. Der erste von diesen genießt wenig Achtung, und die Mainzer Bürger wünschen seiner Tyrannei los zu werden; der zweite spricht zwar nicht übel, aber zu oft und zu viel; der dritte ist uns allen mehr bekannt. Er vertritt bekanntlich die Stadt Breslau. Als er am Freitage von der Königin Viktoria gesagt hatte, sie sei zu weiter Nichts da als zum Gebahren von Kindern (der Aesthetiker Ruge liebt die vom Geschlechtsleben hergenommenen Bilder, denn er wendete dieselben z. B. auch auf Deutschland an), soll der englische Gesandte geäußert haben, er werde für diese Beschimpfung Genugthuung fordern. Raveaur (sprich Rawo) aus Köln, voll Leben und Leidenschaft, stimmt zwar oft mit der äußersten Linken, sonst aber mit dem linken Centrum. Sein Leben zehrt sich durch sich selbst auf; der Tod, sagt man, hat ihm auf das blasse Antlitz das Zeugniß der ihn bald aufzehrenden Schwindsucht geschrieben. Eine ähnliche Parteilstellung nimmt der lebhaftere Benedey ein, nur daß er noch mehr zur Vermittlung hinneigt. Dagegen steht der leidenschaftliche Prof. Boigt aus Gießen fast auf der äußersten Spitze. Der unter-

setzte Mann sprach die Voraussetzung aus, daß in der Natur wie in dem Staatsleben nicht das Gesetz, sondern die Gesetzlosigkeit, d. h. die Revolution herrsche. Er gefällt sich in paradoxen Sätzen, d. h. in Behauptungen, welche den gesunden Menschenverstand umkehren. Mit Bezug der Paradoxien und Hinzunahme des Lobes, praktisch auf die Sache einzugehen, steht ihm Schaffrath (aus Sachsen) an der Seite. Er scheint mir von allen Radikalen der hitzigste und leidenschaftlichste zu sein. Der Rücksichtslosigkeit seines Verfahrens entspricht eine rauhe, nicht angenehme Sprache. Auf dem äußersten Vorposten der äußersten Linken steht Schlöffel, welchen ich persönlich nicht kennen gelernt habe. — Die Zahl der entschiedenen Republikaner mag etwa 60 bis 70 betragen. Ihre Heimath ist vorzugsweise der Südosten von Deutschland, also der Winkel, welcher von zwei Republiken (Frankreich und Schweiz) in die Flanken und in die Lehre genommen ist.

Gern gebe ich zu, daß dieses Bild der Parteien lückenhaft ist; aber ich habe mich fast ausschließlich auf die von mir gehörten Redner beschränkt, und von den wichtigsten Parteiführern wird wol keiner übergangen sein.

Frankfurt am 26. Juni 1848.

Basemann.

Die Russenfurcht.

Das Geschrei: die Russen kommen! hat uns schon oft geschreckt, und das Ministerium ist oft gefragt worden, ob denn wirklich die Russen nach der preussischen Grenze marschiren. Die reaktionäre Partei hat mit den Russen gedroht, wie man Kinder mit der Ruthe zur Ruhe bringt, und einer unsrer Mitbürger soll in dieser Geschäftigkeit so weit gegangen sein, daß er die Fremden auf dem Bahnhose zu empfangen und zu bereden pflegt, in den Gasthöfen zu verbreiten, daß sie es mit eignen Augen gesehn hätten, wie russische Bajonette in langen Reihen unsre Grenzen umstellen. Ich kann diesem Gerüchte keinen Glauben schenken, weil ein solches Verfahren zu abgeschmackt und zu gefährlich ist, da die Enttäuschung zu bald folgen muß. Die Russen werden nicht kommen, weil sie nicht können. Rußland ist ein unbeholfener Riese. Die Märsche seines Heeres kosten viel Zeit und viel Geld, und sind sehr gering im Verhältniß zu seiner Größe und der Zahl seiner Feinde. Rußland als despotischer Staat hat das ganze freie Europa gegen sich. Gegen Rußland wird sich Deutschland wie Ein Mann erheben, werden alle Ungarn zu Pferde steigen, wird Frankreich zahllose Heere senden, wenn wir derselben bedürfen. Schweden hat große Provinzen an Rußland

verloren, welche es wieder haben möchte. Außerdem kann es nicht wünschen, daß Rußland die Ostsee beherrscht. Italien fürchtet Rußlands Einfluß in Neapel und Mailand zu sehr, als daß es sich nicht gegen dasselbe verbünden sollte. England wird Rußlands Vergrößerung schon wegen der Verhältnisse in Asien, der Türkei und Griechenland nie zugeben. Sollte Rußland also Krieg anfangen, so würden die Tscherkessen und die Donauvölker von England und Frankreich revoltirt werden, würde Griechenland gegen die Türkei gehezt, wodurch Rußland genöthigt würde, starke Heere an der Donau und am Kaukasus stehen zu lassen. Endlich ist die Leibeigenschaft der russischen Bauern der wunde Fleck Rußlands, die demokratischen Polen können Rußland in unendliche Verwirrung bringen, wenn sie den Bauernstand zum Aufstand verführen. Man meint zwar, Rußland wird Polen freigeben; aber dies hieße, sich den Todesstoß mit eigener Hand geben. Ein Despotenstaat kann ein demokratisch-republikanisches, ein freies Polen nie zum Nachbar haben wollen, vielmehr muß Rußland nur darauf sehn, daß es eine Erhebung Polens unmöglich macht. Man lasse daher die Russenfurcht fahren und verfolge lieber die slavische Bewegung Desfreichs genau.

Fr. Körner.

Ueber die Dorfschulzen. (Dorfrichter.)

Im 8ten Stücke dieses Blattes werden in dem Aufsatz: „aus der goldnen Aue“ die Dorfrichter etwas mitgenommen. Es wird behauptet, daß diese Herren so ziemlich kleine unumschränkte Könige in ihren Gemeinden wären. Ich kann dies nicht zugeben. Eine Gemeinde müßte sehr geistig schwach oder gleichgültig sein, wenn sie sich von ihrem Vorsteher (§. 46. Th. II. Tit. 7 A. L. R.) unumschränkt wollte regieren lassen, oder ihr Schulze (Richter ist ein ungemessener Ausdruck, da ihnen eine richterliche Funktion nicht beizumohnt) müßte den übrigen Gemeindevorstehern gegenüber ein sehr intelligenter und ideenreicher Mann sein, der, weil er gute, brauchbare Anordnungen vorschlägt, sich der Majorität der Einsassen zu erfreuen hat. Denn selbständig kann der Schulze nach den bestehenden Gesetzen nichts machen. Er kann und darf ohne Zustimmung der Gemeinde nicht für sechs Pfennige Gras verkaufen. Nach §. 52 daselbst kommt es ihm zu, die Gemeinde bei nöthigen Berathschlagungen zusammen zu rufen; die Versammlung zu leiten und den Schluß nach der Mehrheit der Stimmen abzufassen. Diesem Beschlusse muß er sich selbst mitunterwerfen, wie sich dies von selbst versteht. Wie eine Gemeinde sich vom Schulzen das Gegentheil sollte gefallen lassen können, ist nicht abzu-

sehen. Sollte dies dennoch der Fall sein, so würden nach §. 78 die Schöppen der Gemeinde einzuschreiten haben.

Die Sache scheint aber einen andern Haken zu haben. Die Herren sind oft nicht beliebt in ihren Gemeinden, nicht weil sie unumschränkt regieren (dies vermögen sie nicht), sondern weil sie nicht von der Gemeinde, vielmehr von der Gerichtsobrigkeit (d. h. in unmittelbaren Ortschaften vom Landrath, in den bisherigen sogenannten mittelbaren vom Rittergutsbesitzer) erwählt und oft der Gemeinde wider ihren Willen aufgedrungen sind. Letzteres kommt häufig in den Orten vor, in welchen der sogenannte Gutsherr und die Gemeinde entgegengesetzte Interessen haben. In diesen Orten wählte der Gutsherr gern ein von ihm abhängiges Subject (z. B. den Ortschaftschmidt), um die Gemeinde leichter in sein Interesse zu ziehen. Ich behaupte aber, daß es immer eine gleichgültige oder geisteschwache Gemeinde sein müßte, die sich durch den Schulzen zu ihrem Schaden ins Interesse ihres sogenannten Gutsherrn sollte ziehen lassen. Uebrigens steht die neue Gemeindeordnung in naher Aussicht, die Beamten der Gemeinden werden künftig ihnen nicht mehr aufgedrungen, sondern ihnen das Recht gegeben werden, sich ihre Beamten selbst zu wählen. Werden sodann die letztern von dem Vertrauen ihrer Gemeinden getragen, so wird auch der Vorwurf wegfallen, der die Gemeindebedienten zuweilen trifft.

Endlich ist noch zu erwähnen, daß künftig die Schulzen wenig oder gar nicht mehr von Landrätthen werden abhängig sein, vielmehr werden sie mit ihren Gemeinden das, was die Mehrheit beschließt, selbständig und ohne Bevormundung von oben, zur Ausführung bringen. Auch das wird ihnen Vertrauen geben; denn wenn z. B. die Gemeinde beschloffen hat, ein ihr nachtheiliges Grundstück zu verkaufen, der Schulze aber hierzu nach dem alten Regiment nach §. 33. die Erlaubniß der Gerichtsobrigkeit dazu einzuholen hat, diese aber nicht bekommt, entsteht nicht leicht da der Verdacht gegen ihn, daß er gegen den Beschluß der Gemeinde operirt habe, während er ganz unschuldig ist.

Act. Hoffmann.

Aufforderung an den Preußenverein.

Es hat sich ein Preußenverein gebildet, von dem man muthmaßt, daß er reaktionäre Zwecke verfolgt, wenn er sie auch nicht offen ausspricht. Er soll ein konstitutionelles, starkes Königthum wollen, d. h. etwa ein Königthum mit einem Reichstag, dessen Befugnisse dem Provinziallandtagen oder dem vereinigten Landtage gleichen. Der Verein soll die Absicht haben, durch Beruhigung des Landes den Gewerben aufzuhelfen.

Dieser Zweck ist ein sehr dankenswerther, doch soll die Ruhe nicht erkauft werden durch Aufopferung errungener Rechte und Freiheiten. An dem Sinken der Gewerbe ist auch nicht einseitig die Unruhe Schuld, sondern der veraltete, verrottete, selbstsüchtige Staat, die schlechte Steuerverfassung, die schlechte Gewerbe- und Gemeindeordnung, das ganze Bevormundungssystem. Es kann also nur dann wahrhaft geholfen werden, wenn der Staat auf neuen freisinnigen Grundlagen aufgebaut wird. Das Proletariat macht uns jetzt viel Noth, weil man es Jahrhunderte sich selbst überlassen, es mit einem Almosen abgefunden hat. Man bilde das Volk, hebe es geistig und sittlich, so werden auch bessere Zeiten kommen. Wir stehn jetzt in einer Krankheitsperiode, die faulen Theile müssen abgeschnitten werden; daher ängstige man sich nicht, wenn wir Schmerzen und Wundstieber haben. Nur entschiedener und besonnener Fortschritt rettet uns, halbe Maßregeln vernichten uns. Das Ministerium Camphausen hat 3 Monate um Vertrauen und Ruhe gebeten; es hat aber nicht Eine bemerkenswerthe That vollbracht; auch das neue Ministerium dürfte wegen seiner Zusammensetzung sich nicht lange halten. Die Nationalversammlung hat seither auch nur leeres Stroh gedroschen, sich um Redensarten gezanft, aber der Noth im Lande nicht durch Ein Gesetz gesteuert. Doch um auf den Preußenverein zu kommen, so spreche ich gewiß im Sinne vieler Bürger, wenn ich den Verein bitte, offen und ehrlich sein Programm zu veröffentlichen und sein heimliches Wesen abzuthun. Jedem das volle Recht, seine besondere Ueberzeugung zu haben, aber er bemäntle sich nicht mit schönen Redensarten! Es wird zur Beruhigung der Stadt dienen, wenn der Verein grade heraus sagt, was er will.

Fr. Körner.

Einiges über Feuer-Lösch- und Rettungsanstalten bei Feuersbrünsten.

Neben manchem Mangel in unsern städtischen Einrichtungen ist der Fehler einer Feuerordnung gewiß einer der bedenklichsten. Ich erlaube mir also, diesen Gegenstand anzuregen, indem ich meine Ansichten darüber zur Beurtheilung vorlege. Zuerst muß ein Direktor der Feuerordnung bestellt und mit einem Abzeichen versehen sein; ihm sind 4—6 Feuerhauptleute untergeordnet, welche eine bestimmte Anzahl Leute zur Verfügung haben werden, die also nicht willkürlich bald da, bald dorthin gehen, nichts für sich allein thun dürfen. So kommt Harmonie in das Ganze. Zu dem Ende werden anfänglich monatlich, dann $\frac{1}{4}$ jährlich Conferenzen von der Feuer Societät

gehalten, bei dem der Director Vorsitzender ist. Hier ertheilt er Anweisungen, wie man sich beim Feuer zu benehmen habe, und giebt die Gründe an, warum dies so und nicht anders sein darf. Es werden hier auch Feuerordnungen vorgelegt, über die man berathet und aushebt, was sich auch bei uns anwenden ließe. Bei dem Wechsel der Jahreszeiten, mithin jährlich 4 mal, werden die Spritzen von allen, oder auch nur von einigen, die dazu beordert, untersucht und davon dem Director Bericht abgestattet. Neue Erfindungen, die Feuerlöschung betreffend, werden hier mitgetheilt, und wenn sie sich praktisch bewähren, angenommen. Diese Conferenzen haben den doppelten Werth: sie lernen die Sache näher und gründlicher kennen, mit denen man es zu thun hat, dann lernt man sich auch näher kennen. Zu den hier mitzutheilenden Sachen gehört z. B. das von dem erfahrenen Ingenieurmajor Blesson in Berlin Mitgetheilte über Feuersbrünste: „man solle zunächst ein, in voller Flamme stehendes Haus als verloren aufgeben und nur darnach trachten, die Verbreitung des Feuers zu bekämpfen, also nicht löschen wollen, sondern hemmen; denn es sei leichter, einen kleinen Feuerheerd zu umfassen, in welchem mit jedem Augenblicke das Feuer selbst den Brennstoff verzehrt und verringert, als bei einem ausgedehnteren, dem sich in jeder Secunde neues Material zulegt, das um so gieriger Feuer fängt, als die sich verbreitende Gluth die Umgebung mehr ausdörret. Läßt man daher das Feuer ungestört sich in sich verzehren, wenn es noch keinen Luftzug erzeugt hat, geht man mit allen zur Disposition stehenden Mitteln gleich daran auf der Seite, wo der Wind die Flamme hinleitet, alle Feuer fangenden Punkte durch Uebergießen, Abbrechen u. s. w. zu schützen, so allmählig um das Feuer herumgehend dieses zu isoliren, so wird man meist desselben Herr werden, noch ehe eine Spritze zur Hand ist. Nur so ist es dem Major Blesson gelungen, Strohdächer, einem brennenden vollen Kohlenschuppen gegenüber — d. h. eine in etwa 24 Fuß Entfernung glühende niedriger liegende Fläche von vielen Hunderten von Quadratfuß — unversehrt zu erhalten und zwar nur mit kleinen Eimern, die zur Begießung des Daches verwendet wurden, und mit welchen jede etwa entstehende Flamme sofort ausgegossen ward; dagegen hatte er auf's strengste untersagt, irgend wie das Feuer mit Wasser zu dämpfen, bis die ganze Umgebung vollständig geschützt und sicher war, dann aber von allen Seiten zugleich das Feuer selbst zu bekämpfen und zwar so, daß man es von der Peripherie nach dem Centrum zusammendrückt. Unermüdlich gieße man aber Wasser in die Gluth und verlasse keinen Punkt, bis er vollkommen gelöscht und so weit vollkommen abgekühlt ist, daß man ihn fest betreten kann.“

Der Director, die Hauptleute und die beim Feuerlöschten Angestellten müssen Stellvertreter haben, damit bei vorkommenden Fällen alles vollständig ist, und wer Abhaltung hat, muß es seinem Stellvertreter ansagen, daß er dazu bereit ist. Hat er es aber nicht gethan, so ist er verantwortlich. Ueber dies alles muß eine Instruction entworfen werden, die wohl durchdacht, dann erst ins Leben treten darf, und die hier anzugeben, weder Zeit noch Raum gestatten.

(Fortsetzung folgt.)

Verwahrung!

In einem theologisch-politischen Artikel des Wochenblattes (Nummer 26) wird des Bürgerblattes in einer Weise gedacht, gegen welche es sich ausdrücklich verwahren muß. Der Vf. beklagt das ungehemmte Umsichgreifen der demokratischen Partei, fürchtet deswegen Republik und Kommunismus. Zunächst sind für das Bürgerblatt Republik und Kommunismus zwei ganz verschiedene Dinge, die nur grade in Frankreich zusammen zu fallen drohten. In Nordamerika hingegen, in der Schweiz, im alten Rom und Griechenland galten Eigenthum und Gesetz eben so für heilig und unverletzlich, als in Preußen und Oestreich. Der Kommunismus hat seinen Grund nicht in der Republik, denn er spukte ja auch in Galizien, sondern in dem unter der absoluten und aristokratisch-konstitutionellen Staatsform entwickelten Proletariat, welches sittenlos wurde, weil es rechtlos war, und nur als Almosen empfangende Last in einem losen Verbande zur Staatsgesellschaft stand. Zeigen sich in Deutschland und England ähnliche Krankheitszeichen, wie in Frankreich, so ist dies eben daher gekommen, weil uns gleichfalls das Proletariat über den Kopf zu wachsen droht.

Ich protestire also gegen die Auffassung, daß ein Demokrat ein heimlicher oder offener Republikaner, und in Folge hiervon ein Kommunist sein müsse. So übel der Vf. es deutet, daß man die „aufrichtig Konstitutionellen Reactionäre“ schilt, eben so übel müssen es die Männer nehmen, welche die Rettung und das Wohl des Volkes durch sittliche und materielle Besserung seines Zustandes zu erreichen hoffen, ohne Weiteres als Kommunisten verdächtigt zu werden. Man muß mit dem Volke verkehren, um zu sehn, wie groß die Noth ist, und wie wenig mit freisinnigen Paragraphen irgend einer Konstitution gegen Hunger und Elend gewirkt werden kann. Wenn man aber den Armen und den Männern, die sich durch ihrer Hände Arbeit nähren wollen, für die wegen schlechter Schulbildung so mancher schöne Trost und manche geistige Hülfe verloren sind; wenn man diesem leider so zahlreichen Theile des Volks Hülfe bringen, ihn geistig aufrichten und erheben möchten, so ist man

deshalb noch kein Revolutionär. Was helfen uns alle die schönen Redensarten von Christenliebe, von Humanität, von den Fortschritten des Menschengeschlechtes, wenn wir nicht einmal die Federn wegwerfen wollen, um zur That zu schreiten, um zu helfen, wo und wie man kann. Der Eine opfert Geld, der Andre Zeit, der Dritte theilt den Besitz von Einsicht und Kenntniß mit den Lernbegierigen und Lehrbedürftigen. Und der Lohn dafür soll eine Verdächtigung seines Strebens sein! Welcher Undank!

Wenn ferner geklagt wird über die Schlassheit und Kraftlosigkeit der Zeit und namentlich der Bürgerwehr, so darf ich wohl im Namen aller Bürgerwehrmänner den Hrn. Wf. bitten, uns mit einem guten Beispiele voranzugehn. Wenn der Bürger von früh 5 Uhr bis Abends 6 oder 7 Uhr arbeitet, und dann noch 2 Stunden exerzirt, also Zeit veräußt, so bringt er dem Vaterlande ein Opfer, so vollbringt er eine patriotische That. Was soll es uns helfen, über Thatlosigkeit zu klagen, und dabei erst recht in Nichtsthun zu verharren! Mit Zeitungsartikeln schlagen wir keinen Feind, durch Warnungen unterdrücken wir den Kommunismus nicht.

Wenn der Wf. endlich dem Bürgerblatt „die Betriebsamkeit vormißt, mit welcher es die tüchtige Wirksamkeit des konstitutionellen Clubs untergräbt“, und es in ganz nahe Beziehung zu dem „revolutionären Unwesen“ bringt, so protestire ich gegen diese Verdächtigung. Ist denn der Club so ohnmächtig, daß er sich des Bürgerblattes nicht erwehren kann? Ist das Bürgerblatt heimlich aufgetreten, hat es untergraben, hat es nicht offen und frei gesprochen wie der Club? Welches Recht hat der Wf., diesen offenen Kampf mit den zweideutigen Ausdrücken „Betriebsamkeit“ und „untergraben“ zu bezeichnen? Und hat der Club nicht gethan, was das Bürgerblatt wünschte und verlangte? Hat er nicht angefangen, Volksversammlungen zu halten? Hat das Bürgerblatt nicht bekannt, daß es sich zur Linken des Clubs hält? Also gehört es doch zum Club. Und sind nicht etliche Mitglieder des Clubs, welche das Bürgerblatt reaktionär nannte, zum Preußenverein übergetreten? Endlich hat das Bürgerblatt öfter ausgesprochen, daß sein Glaubensbekenntniß die königlichen Worte „Konstitution auf breiter Grundlage“ sind. Wie darf man es also wegen dieser seiner politischen Ueberzeugung anfechten? Ich kann dem Wf. nur mit seinem eignen Spruche auf seinen ungerechten Angriff antworten: „Vater, vergieb ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun“, und bitte ihn, künftig etwas vorsichtiger zu sein, denn mit der Anschuldigung des heimlichen Republikanismus des Bürgerblattes ist er übel angekommen.

Fr. Körner.

Rep. 31

Bürgerblatt.

Monatschrift

zur Förderung des Gemeindelebens, zur Belehrung
und zur Unterhaltung

für

Halle und Umgegend.

1848

mar.

